

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Samstage und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5/6

Die neuangelegte Kompostkammer oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Beläge 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Beläge in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Raubzug gegen das Volk

Der Kartoffelwucher steigt — Große Ausfuhr nach England

Die Untätigkeit der Regierung in der Bekämpfung des Wuchers schreit zum Himmel. Nichts hat die Regierung bisher bewegen können, mit ernsthafter Hand zuzugreifen, wo schamlose Gewinnlust und Gewissenlosigkeit gegenüber den darbedenden Massen sich vereinigten, um das Elend weiter zu steigern. Es ist deshalb kein Wunder, daß in dem Umfang, wie die Mark von Tag zu Tag an Wert abnimmt, die Preise ins Riesenhafte steigen. Verzweifelt ringen die Festbesoldeten, die Rentenempfänger aller Art mit dem über sie hereinbrechenden Elend. Die Not steigt in einem Umfang, der die schlimmsten Zeiten des Krieges in den Schatten stellt. Verzweiflung bemächtigt sich großer Teile der Bevölkerung. Ihre Erbitterung wächst von Stunde zu Stunde, so daß niemand die Folgen hieraus voraussehen kann.

Die Regierung scheint blind und taub zu sein. Sie sieht die Erscheinungen nicht oder will sie nicht sehen, die eine Aenderung der bisherigen Wirtschaftspolitik unausweichlich machen. Sie begnügt sich mit Ermahnungen an die Wucherer und mit schönen Versicherungen an die notleidenden Verbraucher. Zu Taten will sie nicht übergehen.

Das Verhalten des Ernährungsministeriums setzt aber allem die Krone auf. Von ihm, das in erster Linie berufen wäre, dem Wucher an Lebensmitteln Einhalt zu gebieten, ist bisher nicht das geringste geschehen. Seit Wochen gehen Mitteilungen durch die Presse, daß große Mengen von Kartoffeln ins Ausland abzuwandern. Das Ernährungsministerium aber bestritt die Richtigkeit dieser Meldungen. Es erklärte, es habe eine amtliche Nachprüfung stattgefunden. Sie habe ergeben, daß die Gerüchte über Ausfuhr von Kartoffeln über die Westgrenze unrichtig seien. Die Ausfuhr von Kartoffeln, so hieß es, ist im besetzten Gebiet wie im unbesetzten Gebiet nur mit einer besonderen Genehmigung gestattet. Diese Genehmigung wird von den deutschen Behörden grundsätzlich nicht erteilt. Zur Überwachung der Ausfuhr sind durch das Ernährungsministerium seit längerer Zeit verstärkte Kontrollmaßnahmen angeordnet worden.

Nun kommt aber die folgende Meldung aus England, die geeignet ist, die allergrößten Zweifel in die Angaben des Ernährungsministeriums zu setzen!

„In einer Sitzung der englischen Landwirtschaftskammer klagte Lord Bledisloe über die große Einfuhr von deutschen Kartoffeln. Der Redner sagte, die Kartoffeln kämen anscheinend aus Holland, in Wirklichkeit aber seien es deutsche Kartoffeln, die auf diese Weise den Extra-Einfuhrzoll von 33½ v. H. sparen. Die Aussichten für die englischen Kartoffelbauer würden im nächsten Jahre sehr schlecht sein, wenn diese Einfuhr nicht verhindert werde. In einer Enschließung wurde die Regierung aufgefordert, der Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zu widmen.“

Auch im Reichswirtschaftsrat hat gestern der Vertreter der Hamburger Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit aller Bestimmtheit erklärt, daß von Hamburg aus mehrere Waggons Kartoffeln nach der belgischen Grenze verschoben worden sind. Man muß deshalb annehmen, daß die amtliche Erklärung des Ernährungsministeriums so zu verstehen ist, daß nur „grundsätzlich“ die Ausfuhr nicht erteilt wird, daß sie aber tatsächlich, wenn die Schieber gerissen genug sind, um ihre Kartoffeln als Saatgut zu bezeichnen oder ähnliche Maßnahmen zu machen, doch erteilt wird. Das aber wäre ein geradezu unerhörter Vorgang.

Es ist deshalb von der Regierung zu verlangen, daß sie jede Genehmigung zur Ausfuhr von Lebensmitteln versagt und daß sie sofort einwandfrei die Gesamtmenge bekanntgibt, deren Ausfuhr bisher offiziell gestattet worden ist. Selbst der zahme „Der Deutsche“ erklärt jetzt:

„Sollte jedoch die Untersuchung — und eine solche ist auf das Bestimmteste zu fordern — den englischen Bericht auch nur zum kleinen Teile bestätigen, so wäre das ein Zeichen davon, daß das Ernährungsministerium in seinem System der Erlassung der Kartoffeln von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist und daß die bisherigen Maßnahmen bei weitem nicht genügen, um die Versorgung Deutschlands sicherzustellen.“

Die sofortige Abkehr von dem System der freien Wirtschaft, durch das die Notlage so ungeheuer gesteigert worden ist, ist deshalb erforderlich. Viele derjenigen, die bisher für die freie Wirtschaft eingetreten sind, sind jetzt reumütig bekehrte. Sie haben erkannt, daß ihr Vertrauen in das Verantwortungsgefühl der Erzeuger und Händler und ihr moralisch einwandfreies Handeln auf das schwerste getäuscht worden ist. Diese Kreise kennen nur die Jagd nach Profit.

Man muß jetzt endlich mit den energiefähigsten Mitteln Einhalt geboten werden. Wuchergesetzgebung und Wuchergerichte haben versagt. Die Massen, durch die jetzt die Wucherer hindurchschlüpfen, müssen deshalb verstopft werden. Es muß aber auch eine rücksichtslose Erfassung der Waren erfolgen, damit der Wucher mit ihnen verhindert wird. Es bleibt deshalb kein anderer Weg übrig als der von der Unabhängigen Sozialdemokratie vorgeschlagene, der sowohl für Kartoffeln wie für Getreide die zwangsweise Bewirtschaftung wieder einführen bzw. verschärfen will. Das muß aber auch bei anderen Waren geschehen.

Die Wirtschaftspolitik darf sich nicht mehr länger leiten lassen von dem Gesichtspunkt der Sicherung der Gewinne von Handel, Industrie und Landwirtschaft, sondern von der möglichst billigen und ausreichenden Versorgung der notleidenden Massen.

zu sein. Wie die dortigen Blätter melden, beschloß der Kronrat, der unter Teilnahme des Königs und des Ministerpräsidenten Passitsch tagte, trotz der Rote der Großen Entente an den ursprünglichen Forderungen, also nicht nur an der Entthronung der Habsburger und der Durchführung des Vertrages von Trianon, sondern auch an der Forderung der Ersetzung der Mobilisierungskosten festzuhalten.

Die Ereignisse von Graslitz

In Graslitz in Deutsch-Böhmen war es anlässlich der Mobilisierung zu ersten Zwischenfällen gekommen, in deren Verlauf das Militär eingriff und 12 Personen getötet und mehrere verwundet wurden. Die „Freiheit“ berichtete leinerzeit darüber. Der tschechische Ministerpräsident sprach im Budgetauschuss über die Ereignisse in Graslitz kein Bedauern aus. Er habe Beweise in Händen, daß die Truppen und die Behörden eine korrekte Haltung eingenommen und insbesondere das Militär seine Geduld erschöpft hätte, bevor es zu den Waffen griff. Es sei eine erfreuliche Erscheinung, daß die Vertreter der politischen Parteien in Graslitz, als sie sahen, daß die Schranken des Gesetzes überschritten worden seien, alles getan hätten, um Schwierigkeiten vorzubeugen. Die Regierung werde in der Frage einer Entschädigung für die Hinterbliebenen und für die Verwundeten mit dem größten Wohlwollen vorgehen. Die Regierung fordere alle vernünftigen Elemente auf, dahin zu wirken, daß sich ähnliche Ereignisse nicht mehr wiederholen.

Kommunistische Säuberung

D. E. Helffingsors, 3. November.

In Moskau hat der Ausschluß des Militärarztes Skljanski, des langjährigen nächsten Mitarbeiters und Vertrauten Trojki, aus der Partei großes Aufsehen erregt. Der Ausschluß erfolgte wegen Bureaucratismus und luxuriöser Lebenshaltung. Die Säuberungsaktion innerhalb der Russischen Kommunistischen Partei nähert sich ihrem Abschluß. Bisher sind nur Teilergebnisse über den Ausschluß aus der Partei bekanntgegeben worden. Sie lassen jedoch bereits darauf schließen, daß durchschnittlich etwa 25 bis 30 Prozent der Parteimitglieder ausgeschlossen sein werden. In seiner letzten Rede erklärte Lenin, er hoffe, man werde 100 000 Mitglieder aus der Partei ausschließen können.

Landwirtschaftliche Zeitfragen

Von Dr. Wilhelm Gramsch

II.

Da man die Ausbildung nicht dem guten Willen der Landwirte überlassen kann, so gehe man so vor, wie in allen Berufen, von denen das Wohl der Gemeinschaft abhängt, der Medizin, der Apothekerei, der Schule usw.: man führe für alle, die ein Landgut führen wollen, das nicht bloß ihren eigenen Bedarf decken soll, einen gesetzlichen Befähigungsnachweis ein. Bei den kleineren wird eine Art Meisterprüfung genügen, wie sie für die technischen Beamten der Landwirtschaftskammern schon besteht, und unterstelle sie einer leichten Kontrolle durch die sofort zu schilbernden Institute. Für die größeren Landwirte aber muß der Nachweis einer gründlichen praktischen und akademischen Ausbildung verlangt werden, in der Form etwa der ärztlichen Staatsprüfung. Niemand dürfe in Zukunft ein Landgut in Bewirtschaftung nehmen, der nicht imstande ist, diesen Nachweis zu liefern.

Ernst und wissenschaftlich denkende Landwirte werden die Berechtigung dieser Forderung anerkennen; das tut auch das Lehrbuch der Landwirtschaft von Kraft Bd. 4. Nur wird man von privatkapitalistischer Seite das als einen Eingriff in die freie Verfügung über das Eigentum erklären, da dann eine Vererbung von Vater auf Sohn und ein Verkauf an besondere Eigenschaften des späteren Besitzers gebunden wäre. Aber das ist nichts Neues. Ein Apotheker darf auch nur dann seine ihm frei gehörende Apotheke seinem Sohn vererben oder an einen andern verkaufen, wenn der Nachfolger geprüfter Apotheker ist.

Da nun aber von den gegenwärtigen Besitzern dieser Befähigungsnachweis nicht zu verlangen ist, sondern nur für die zukünftigen, so müßte man bis auf weiteres oder auch für die Zukunft ein praktisches wissenschaftliches Kontrollsystem einführen. Ich denke mir wissenschaftliche Institute für je eine Anzahl von Kreisen, die durch wissenschaftlich und praktisch vorgebildete Assistenten allmählich überall die chemischen, physikalischen, bakteriologischen Untersuchungen usw. auszuführen, Ratschläge über Kultur und Behandlung zu geben und die Ausführung zu kontrollieren, also den Landwirten wissenschaftlich zur Seite zu stehen hätten. Sie werden auch von Otto Bauer empfohlen. Zwangsmassnahmen wären nur bei gefühllosem Widerstande anzuwenden. Daß solche Einrichtungen keinem großen Widerstande begegnen würden, ersieht man aus der Tatsache, daß in der Tierzucht die Landwirte selbst solche Einrichtungen geschaffen haben, die Viehkontrollvereine. Die denselben gehörigen Institute lassen durch Assistenten chemische, bakteriologische, züchterische Kontrolle ausführen und Ratschläge erteilen über Fütterung, Zucht, Ausmerzungen unnter Presser usw. Im Jahre 1911 bestanden in Preußen 372 solcher Vereine. Die Erfolge sind glänzend. In einem ostpreussischen Verein betrug die durchschnittliche Steigerung der Milchproduktion von 1906/07 bis 1910/11 pro Kuh und Jahr 1198 Kilogramm, also etwa 40 Prozent; die jährlichen Kosten pro Kuh 4 bis 450 M. Ja, der Weierhof Loga bei Leer hatte durch Hochzucht und Fütterungskontrolle einen Durchschnittsertrag von 6580 Liter pro Kuh und Jahr (Normalertrag 2500 bis 3000 Liter) und eine Kuh des Bestandes hatte den Weltrekord von 10 654 Liter mit 380 Kilogramm Butter.

Die Landwirte tragen bei den Kontrollvereinen die Kosten selber und können sie tragen. Sie könnten auch wegen der höheren Erträge leicht die Kosten der vorgeschlagenen Institute tragen.

Eine weitere Möglichkeit, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, läge in der nahen Verbindung der Landwirtschaft mit der Wertungsindustrie für ihre Produkte, der Zuderfabrikation, Brennerei, Stärkefabrikation, Molkerei, Konservenfabrikation usw. Durch die speziellen Erfordernisse dieser Industrien und ihren Einfluß auf die Kultur, andererseits durch die Bewertung der Rückstände derselben in der Landwirtschaft wird die Produktion ungemein befruchtet. Ich möchte hier nicht näher darauf eingehen, da ich das schon im „Sozialist“ getan habe, möchte nur anführen, daß Güter wie Hohenfelde und Wittmannshausen in Mecklenburg, Gut Kläden in Sachsen und andere nach Einführung der Zuckerrübenkultur in kurzen eine Steigerung des Körnerertrages um 15 bis 50 Prozent feststellen konnten.

Und noch aus einem zweiten nicht weniger wichtigen Grunde ist eine nahe Verbindung der Landwirtschaft mit der Wertungsindustrie empfehlenswert. Sie ist das einzige, aber auch gründliche Mittel, das Uebel der Arbeiternot zu heilen. Die neuzeitliche Landwirtschaft ist ein Saisonbetrieb, der ein halbes Jahr lang viel Saisonarbeit verlangt, im Winter aber arbeitslos auf die Straße wirft. Es ist kein Wunder, das diese regelmäßige, saisonmäßige Arbeitslosigkeit einen großen Teil der Landarbeiter vom Lande ver-

Die Entthronung der Habsburger

Die Entthronung des früheren Königs Karl und des ganzen Hauses Habsburg scheint nun auf keinen Widerstand mehr zu stoßen. In der ungarischen Nationalversammlung ergab sich am gestrigen Donnerstag bei der Abstimmung über die Frage, ob der Geleitzentwurf zur Entthronung der Habsburger dringlich behandelt werden sollte, daß die Anhänger der Thronbesteigung über eine Mehrheit verfügen. Zwar machten die Karlisten reichlich Lärm und Stephan Friedrich, der Pogromist, nannte die Regierung Vethlen ob ihrer Maßnahmen gegen die Teilnehmer am Putsch eine Sowjetregierung. Die Karlisten werden in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung eine von dem Grafen Apponyi vorbereitete Erklärung abgeben, in der gegen die auswärtige Einmischung protestiert und erklärt wird, daß das unter auswärtigem Druck zustande gekommene Gesetz zwar Gesetzkraft habe, aber nichts an der gesetzlichen Gültigkeit des Königiums der Habsburger ändern könne.

Die Haltung der ungarischen Regierung hat die akute Kriegsgefahr beseitigt. Damit sind natürlich noch längst nicht alle Konflikte aus der Welt geschafft, die das Abenteuer Karls zum offenen Ausbruch kommen ließ. In der Sitzung des Budgetausschusses des tschechoslowakischen Parlaments sagte Ministerpräsident Benesch über die auswärtige Politik, daß in den letzten Tagen ein vollkommenes Einvernehmen zwischen den Alliierten und den Mitgliedern der Kleinen Entente zustande gekommen sei. Die Regierung werde bei der weiteren Entwicklung des Konfliktes in friedlicher Weise vorgehen, indem sie überall, wo nötig, Beweisgründe und nicht die äußersten Mittel zur Geltung bringen werde. Die außerordentlichen Maßnahmen müßten noch kurze Zeit andauern, damit alle Bedingungen angenommen und verwirklicht werden, um die Lage zu klären. Die Regierung sei jedoch entschlossen, keinen einzigen Tag die außerordentlichen Maßnahmen länger andauern zu lassen, als es unumgänglich nötig sei.

Wollen diese Ausführungen erkennen, daß der Einspruch der Volkshauskonferenz auf die weitergehenden Forderungen der Kleinen Entente bei der tschechoslowakischen Regierung nicht ohne Erfolg gewesen ist, so scheint das in Belgrad nicht der Fall

treibt; denjenigen Teil, der sich im Winter nicht ernähren kann. Das einzige Mittel dieses Uebel zu heilen, liegt in der Beschaffung von Winterarbeit. Dazu sind die Wertungsbetriebe hervorragend geeignet. Sie sind gleichfalls entweder reine Saisonbetriebe oder können wenigstens vorübergehend ihre Produktion einschränken. Ihre Saison beginnt naturgemäß, wenn die der Landwirtschaft endet, so daß die Arbeiter von der einen Sphäre in die andere übergehen können. Sie sind auch fast alle so mechanisiert, daß sie nur einen kleinen Stamm vorgebildeter Dauerarbeiter und eine große Menge ungelerner Saisonarbeiter brauchen, die von den vorgebildeten leicht angelernt werden können. Es ist wahrscheinlich, daß der Arbeiterbedarf beider Sphären sich decken wird. Richtig ist aber, daß die Wertungsbetriebe auf dem Lande angesiedelt werden.

Diese Ideen erscheinen vielleicht abenteuerlich, aber die Möglichkeit ihrer Ausführung ist von ernsthaften Landwirten, denen sie vorgebracht wurden, anerkannt worden. Auch die Kosten der Ausführung dürften, wie schon oben bei einem Punkt betont wurde, nicht unerträglich sein. Jedenfalls aber, das wird man nicht bestreiten, würde mit ihrer Ausführung eine neue, für die Allgemeinheit und für die Landwirte segensreiche Ära der Landwirtschaft beginnen. Die Unabhängige Sozialdemokratie als Partei des ökonomischen und kulturellen Fortschritts sollte diese Ideen, die ich hiermit zur Diskussion stelle, in Erwägung ziehen und, wenn sie dieselben als fruchtbar anerkennt, ihre Ausführung vertreten. Sie sind kurz wiederholt:

1. Anerkennung der Landwirtschaft als angewandte Naturwissenschaft
 - a) durch Einführung eines gezielten wissenschaftlich-praktischen Befähigungsnachweises für alle Landwirte in leitender oder sonst verantwortlicher Stellung,
 - b) durch Schaffung wissenschaftlich-praktischer Kontroll- und Beratungsinstitute mit amtlichem Charakter.
2. Nahe örtliche Verbindung der Landwirtschaft mit der Wertungsindustrie
 - a) zwecks Steigerung der Produktion,
 - b) zwecks Beseitigung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft.

Stinnes wirbt

„Nur wer die Sehnsucht kennt, weiß, was ich leide“ — denkt die „Deutsche Allgemeine Ztg.“, das Organ der Stinnes-Partei, und wirbt inbrünstig um den Beitritt der Sozialdemokratischen Partei zur „großen Koalition“ in Preußen. Nachdem sie die Stellung der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten zur Frage der preussischen Regierungsbildung wiedergegeben, schreibt sie:

„Somit haben von den in Frage kommenden vier Parteien drei der Verwirklichung des nunmehr lange genug erörterten Planes der Koalition von der Volkspartei bis zur Mehrheitssozialdemokratie in aller Deutlichkeit zugestimmt. Danach scheint die Aussicht nicht ganz unbegründet zu sein, daß denn auch die vierte Partei, die Sozialdemokratie, endlich der „großen Koalition“ in Preußen zustimmen muß, wenn sie nicht jedes Verantwortlichkeitsgefühl vermissen lassen will und damit trotz des Beschlusses des Göttinger Parteitages ohne irgendwelchen ersichtlichen Grund Wege einschlägt, die angesichts der gegenwärtigen Lage in Preußen große Teile der sozialdemokratischen Wählerschaft nicht begreifen werden.“

Die Sorge des Stinnesorgans um die Durchführung des Göttinger Parteitagsbeschlusses würde rührend wirken, wenn sie nicht einen gar zu komischen Beigeschmack hätte. Um die Stellung „großer Teile der sozialdemokratischen Wählerschaft“ braucht sich das volksparteiliche Organ nicht den Kopf zu zerbrechen. Die heftige Opposition gegen den Göttinger Beschluß in den Reihen der sozialdemokratischen Partei zeigt vielmehr, daß der übergroße Teil der Partei, soweit er proletarisch zu denken und fühlen vermag, es nicht begreifen würde, wenn sich die führenden Kreise der Partei durch Bildung der „großen Koalition“ mit der Stinnespartei verbrüdern würden.

Arbeiter-Büchertisch

(Erscheint jeden zweiten Freitag)

Ein Werk über China

Edward Erkes gehört zu den nicht sehr zahlreichen Männern der Völkerkunde, die Sitten und Denken eines Volkes aus dem materiellen Bestand der Kultur zu erklären suchen. Das kann nun wiederum nirgends so fruchtbringend sein, wie bei jenen fernen alten Kulturvölkern, deren Art uns bei oberflächlicher Betrachtung so seltsam und unverständlich, deren geistiger Reichtum aber zugleich so rätselhaft reich und hochentwickelt erscheint. Beides, Reichtum und Eigenart der geistigen Kultur wie Fremdartigkeit der Sitten, vermögen wir nur zu begreifen und zu würdigen, wenn wir ihre Ursachen erforschen, die Erkes in der materiellen Kultur und in den gesellschaftlichen Beziehungen und Vorstellungen des chinesischen Volkes findet. In seinem uns vorliegenden Buche „China“, Verlag F. v. Verthes in Göttingen, stellt er seine Untersuchungen mit äußerster Sorgfalt an, seine Beweise führt er mit Meisterschaft. Er zeigt eine seltene Begabung für das Auffinden und Aufschließen von Zusammenhängen und wendet diese Begabung mit glänzendem Geschick, aber zugleich mit strengem wissenschaftlichen Ernst an auf die Darstellung der Zusammenhänge zwischen Arbeit und Denken eines Volkes. Seine letzten Ergebnisse spigen sich zu einigen Schlüssen zu, die er in folgenden Sätzen niederlegt:

„Einförmigkeit der Lebensführung erzeugt auf die Dauer Rückständigkeit des Denkens, und so ist des Nordchinesen Denk- und Lebensform die reine verstandesmäßige, von transzendentelem Belwert befreite Ethik des Konfuzianismus. Als vollstündlicher Ersatz hat sich dafür neben ihr der urzeitliche Aberglaube zu einem üppigen System ausgewachsen.... Im wesentlichen gelten diese Züge nun auch für Südchina, und doch tragen sie hier ein ganz anderes Gesicht. Der Geist des Nordchinesentums ist hier nicht aus natürlichen Grundlagen erwachsen, sondern von außen hereingetragen. Wie im Norden die flache Ebene, so drückt hier (im Süden) das romantische Gebirgsland der Bevölkerung den Stempel auf. Herrscht im Norden der Intellekt vor, so im Süden die Phantasie. Freilich eine Phantasie, die dem Temperament des Chinesen entspricht; wild und abenteuerlich, aber schemenhaft verschommen und dabei fest am Schematischen. Und auch im Süden spürt man immer noch den engen Horizont der Völkler, in denen die chinesische Kultur entstand; auch hier die Reizung zum Verflachen, zum Schematisieren, zur ewigen Wiederholung desselben Themas, die selbst die chinesische Poesie trotz ihrer wunderbaren Schönheit und Fröhlichkeit auf die Dauer eintönig wirken läßt. War der Norden allezeit die Heimat der großen Staats-

Ein unanständiges Manöver

Als wir vor einigen Tagen an Hand der letzten Reden und Schriften Lenins den Bankrott der utopischen Wirtschaftspolitik der Kommunisten in Rußland feststellten, die dem russischen Proletariat nur Leiden und Enttäuschungen gebracht hat, drohte die „Rote Fahne“, daß sie wegen unserer „vollkommen verständnislosen und verlogenen“ Darstellung demnächst mit uns abrechnen würde. Wir haben bisher vergeblich auf diese Auseinandersetzung gewartet, die wir im Interesse der Klärung der „russischen Frage“ begrüßen würden. Statt dessen zieht es das kommunistische Zentralkomitee vor, den Streit auf ein anderes Gebiet zu übertragen und die Dinge so darzustellen, als ob unsere Feststellungen hinsichtlich der neuen Wirtschaftspolitik Lenins — eine Ablehnung des in diesen Tagen gemeldeten Angebots der Sowjet-Regierung, die Vorkriegsschulden Rußlands an die Entente zu bezahlen, bedeute.

Diese Darstellung der „Roten Fahne“ muß als ein im höchsten Grade verwerfliches, unanständiges Manöver bezeichnet werden, das am allerwenigsten der Sowjetregierung selbst Nutzen bringen kann. Wenn die Redaktion der „Roten Fahne“ nicht die geistigen Fähigkeiten besitzt, eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die bolschewistische Politik mit uns zu führen, so sollte sie wenigstens so viel politische Vernunft besitzen, um einzusehen, daß ihr täglich sich wiederholendes Geschrei, daß die U. S. B. und S. B. D. das Angebot der Sowjetregierung ablehne, den Verhandlungen der Sowjetregierung mit der Entente keineswegs förderlich ist.

Ueber die Verlogenheit dieser Behauptung selbst lohnt es sich wohl kaum, ein Wort zu verlieren. Wenn die „Rote Fahne“ in ihrer heutigen Morgenausgabe erklärt, daß es in unmittelbarem Interesse der deutschen Arbeiterschaft liege, sich dafür einzusetzen, daß Friede mit Rußland geschlossen, die Handelsbeziehungen ausgebaut, alle Hilfe an Rußland gewährt werde usw., so rennt sie damit offene Türen ein. Die Unabhängige Sozialdemokratie ist für diese Forderungen seit jeher eingetreten und hat kein Mittel unversucht gelassen, um durch Unterstützung dieser Forderungen die revolutionäre Entwicklung in Rußland zu fördern. Sie ist gerade wegen dieser angeblich „pazifistischen“ Forderungen immer wieder von jenen kommunistischen Weltrevolutionsphantasten angegriffen und verleumdet worden, die nicht den Frieden wollten, sondern den permanenten Krieg, und die dem deutschen Proletariat einzureden suchten, daß eine Verbrüderung mit der russischen Roten Armee ausreichen würde, um die Entscheidungsschlachten mit dem Entente-Imperialismus am Rhein siegreich anzufechten.

Jetzt, nachdem die Phantastereien der deutschen Kommunisten ebenso klar zu Tage getreten sind, wie die wirklichkeitsfremden Spekulationen ihrer russischen Lehrmeister, machen sich die Kommunisten — wie immer — die Parolen und Forderungen der von ihnen bekämpften Unabhängigen zu eigen, um ihr verwirrendes zerstörendes Treiben in der Arbeiterschaft weiter fortzusetzen. Diese Spekulation wird aber an dem gefundenen Sinn der Arbeiterschaft ebenso zerfallen, wie alle bisherigen Pläne der Kommunisten.

Liebesgabe an die Margarineindustrie

Die gewaltige Preissteigerung für Margarine

Vor einigen Tagen hat der Margarine-Verband e. V. Berlin mitgeteilt, daß die Margarineindustrie infolge der fortschreitenden starken Entwertung der Mark eine Erhöhung der Preise um 5,50 bis 7 M. für das Pfund vornehmen müsse. Diese gewaltige Preissteigerung, die eine unerträgliche und ungerechtfertigte Belastung der Verbraucher darstellt und die eine Verleumdung der Margarine auf etwa das Dreifache gegenüber dem Stande in den ersten Monaten dieses Jahres darstellt, hat auch den christlichen „Deutschen Gewerkschaftsbund“ zu einem Protest an das Ernährungsministerium veranlaßt. In ihm heißt es:

„Nachdem im August zweimal ganz kurz hintereinander der Preis um je 2 M. erhöht wurde, zwingt die jetzt angekündigte, sehr erhebliche Verteuerung nachdrücklich zu der Frage, ob es nötig ist, in diesem Ausmaße den Verbrauch zu belasten. Wir verneinen diese Notwendigkeit. Die in der Zeitungsnote gegebene Begründung können wir als stichhaltig nicht anerkennen. Angesichts der Butterpreise ist Margarine bis weit in die Kreise des Bürgertums hinein Gegenstand des täg-

lichen Gebrauchs geworden, dessen fortschreitende Verteuerung nicht stillschweigend hingenommen werden darf. Der Deutsche Gewerkschaftsbund richtet deshalb an die für die Ernährung Deutschlands verantwortlichen Stellen das dringende Ersuchen, die Preisgestaltung für Margarine, mit den Selbstkosten beginnend, insbesondere aber auch die nach unserer Auffassung preissteigernde Tätigkeit des Margarine-Verbandes in Berlin, einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Zu dieser Erhebung, die mit größter Beschleunigung durchzuführen wäre, beantragen wir die Heranziehung sachverständiger Verbraucher und Vertreter der Gewerkschaften. Wenn eine der maßgeblichen Firmen des Konzerns, die U. G. v. d. Berghs Margarinefabriken, die ihre Erzeugung in der Hauptsache in Deutschland unterbringt, im Geschäftsjahre 1920 einen Reingewinn von 5,7 Millionen holländische Gulden erzielt hat, kann nicht zugegeben werden, daß die Notwendigkeit derart gewaltiger Preissteigerungen vorhanden ist.“

Das ist das Spiel mit vertauschten Rollen. Der christliche Ernährungsminister Hermes fördert die Preissteigerung, der christliche Gewerkschaftsbund protestiert dagegen. So kann man sowohl die Bauern, als auch die Arbeiter einsparen.

Das Verhalten des Ernährungsministers wird völlig klar, wenn man sich die Tatsache vergegenwärtigt, daß er auch jetzt noch, obwohl wir doch einen ungeheuren Mangel an Futtermitteln haben, die Ausfuhr von Velluchen, einem der wertvollsten Futtermittel, in einem erheblichen Umfang gestattet. Damit sollte angeblich die weitere Steigerung des Margarinepreises verhindert werden.

Daß das aber nur ein schlechter Vorwand ist, geht aus der neuerlichen starken Erhöhung der Margarinepreise deutlich hervor. Infolgedessen ist es unverantwortlich, sowohl vom Standpunkt der Versorgung der Landwirtschaft mit Futtermitteln als auch vom Standpunkt der Verbraucher von Margarine, daß diese Liebesgabe an die Margarineindustrie auch jetzt noch besteht.

Gemalte Herz hat im Reichstage folgende kleine Anfrage gestellt:

In der Sitzung des Reichstages vom 27. September hat der Reichsernährungsminister die Erteilung der Erlaubnis zur Ausfuhr von Velluchen damit gerechtfertigt, daß sie die Preisgestaltung für die Velle zur Margarine- und Speiseölversorgung der Bevölkerung günstig beeinflusst.

Trotzdem ist in den letzten Tagen vom Margarine-Verband e. V. Berlin eine erneute Erhöhung der Margarinepreise um 5,50 bis 7 Mark pro Pfund angekündigt worden. Steht die Regierung auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß die Ausfuhr von Velluchen trotz der großen Futtermittelnot und trotz der erheblichen Steigerung der Margarinepreise im Interesse der Allgemeinheit liegt?

Was denkt sie gegen die gewaltige Steigerung der Margarinepreise zu tun?

Der Dollar 224

Das wahnsinnige Treiben an der Börse nimmt seinen Fortgang. Der Dollar, der gestern abend bis auf 215 zurückgegangen war, wurde heute vormittag mit 220 Mark bewertet, um dann bis auf 224 zu steigen. Veranlaßt wurde diese Steigerung einerseits durch einen weiteren starken Sturz des Marktkurses in New York und andererseits durch größere Devisenankäufe der Industrie.

„Mannesmann und die anderen“. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Mannesmann-Röhrenwerke, Geh. Kommerzienrat Steinhilber, teilt uns mit: Die Herren Gebrüder Mannesmann (Reinhard und Max Mannesmann) sind nach erblichen Streitsigkeiten mit der Aktiengesellschaft, die damals Deutsch-Oesterreichische Mannesmann-Röhrenwerke firmierte, im Jahre 1900 in Verfolg einer damals abgeschlossenen Vereinbarung endgültig aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Geschäfte der beiden Herren Mannesmann in Marokko waren Privatgeschäfte der Genannten, die Gesellschaft ist daran niemals direkt noch indirekt, weder mit Geld noch anderweitig beteiligt gewesen.

Wegen Verleumdung verurteilt. Der Hauptredakteur der „Mündener Neuesten Nachrichten“, Dr. Gerlich, wurde wegen verleumderischer Beleidigung des früheren Botschafters in Washington, Grafen Bernstorff und anderer Personen zu einer Geldstrafe von 500 Mark verurteilt.

männer und Gelehrten und der Boden, auf dem die grobartigen, aber trockenen Werke der Philologie und Geschichtsschreibung entstanden, so ist der Süden dafür das Land der Künstler und Dichter.“

Dem, der die Feinheit der Methode der materialistischen Geschichtsforschung nicht kennt oder sie in dem bornierten Glauben der Intellektuellen an die alleinige Urkraft des Geistes (ihres Geistes) verwirrt, mögen diese Folgerungen roh erscheinen. Und uns selbst erscheint es roh, daß wir diese zu letzter Einfachheit geführten Schlüsse hollert jammern, um die Art der Darstellung von Erkes über Wirkung und Gegen- und Wechselwirkung zu zeigen. Sie sind, wie gesagt, nur die äußersten Spitzen einer langen Reihe hündiger Schlüsse, die Stufe für Stufe vorwärts schreiten, und die konzentriertesten Ergebnisse sorgfältigster und feinsten Untersuchungen, die wohl die vollkommenste Erkenntnis über dieses ferne fremde Volk darstellen.

Chinesisches Wesen ist nur zu begreifen, wenn wir mit großem Blick die Eigenart der gesellschaftlichen Struktur und die grandiose, um 2000 vor unserer Zeitrechnung beginnende Geschichte dieses Volkes umfassen. Erkes gibt uns dazu die Möglichkeit. Wir empfehlen jedoch, sein kleines Bändchen „China“ (Nr. 30 der Zeitschriftreihe Dürer und Weber, Leipzig 1920, Preis 7,80 M.) vorwegzunehmen. Es ist unseren Lesern schon bekannt durch den Abdruck eines Stüdes daraus in der „Freiheit“. Es führt in leichterer, aber doch gehaltvoller Weise in das eigenartige Gebiet ein und bereitet gut vor auf das wegen seiner konzentrierten Darstellung und der umfassenden Fülle des Stoffes viel Aufmerksamkeit erfordernde größere Werk.

R. S.

Ein neues Geschichtenbuch

Hamburger Kinderaufgabe

Die moderne Aufzählung ist eine Erzählstunde. Der neue Aufzählung ist ein Geschichtenerzähler, die Mitschüler sind seine sich um ihn drängenden Zuhörer. Das neue Aufzählung ist ein Tagebuch, in dem die Niederschläge des Kinderlebens aufbewahrt werden. Die trockenen Schulmeister des vorigen Jahrhunderts glauben nicht an die praktische Intensität des Kinderlebens. Der natürliche Erlebnisreichtum macht das Erzählverhältnis der Spinnstube, die Kunde unter der Dorfklode, den Erzählwinkel der arabischen Märchenstube wieder lebendig. Was Wunder, daß wir, die Gegner der gegenwärtigen Schule, auf dieser Grundlage, die Erzähltalente unter den Kindern entdecken und entwickeln wollten. Was viele Naturtalente drohen zu erleben, flutete herein in die Schule, und ihre Aufgabe — als Erlebensbilder — wurden so unheimlich hart, daß manche Vertreter des alten Sprachunterrichts an der Echtheit und Ehrlichkeit des modernen Kinderaufzählung gezweifelt haben. Der Kinderaufzählung ist dem literarischen Kunstwerk inner-

lich verwandt durch die beiden wichtigsten Geleise aller Erzählkunst: Das, was das Kind im Erlebnis durch das Auge wahrnimmt, sind die Bewegungen, die für die Erzählung das Grundgewebe hergeben — das, was es mit dem Ohr aufnimmt, sind Rede und Gegenrede der aufstrebenden Personen, die im Aufstiege das bunte Muster auf jenem Hintergrunde bedeuten. Nicht zu reden von den weiteren Feinheiten des erzählenden Darstellens!

Was die Stimme der Kinder dabei — im Rezitieren der Aufgabe — an Lebendigkeit, Modulation und Innerlichkeit gewinnt, muß man erlebt haben! Die Kinderstimme kommt ganz natürlich aus ihrem Schullehrer heraus zum Ausdruck: alle gleichgültig Dahinlebenden sprechen anders als die schmerzvoll Bewegten, alle erzürnt Lebendigen anders als die oberflächlich Tadelnden; die Mutter mit ihrer Güte und ihrem geduldigen Nachsehen, der Vater mit seinem Spatz und kurzen Drohen, die Geschwister in Janz und Spiel — alle Töne des frischen Lebens nimmt das Kinderohr bewußt auf und trägt diesen Stimmreichtum in die Aufzählungselbstunde.

Die Fachleute haben sich lange gewundert, warum sie die Kinder nicht zu einem stichenden Sprechen bringen konnten; heute wissen wir, daß erst das Erlebnis die Sprache verleiht und das Tiefste des Denkens erst mit dem Erleben hervorblühen kann. Vielfach liegt darin eine der Hauptursachen für das bittere Gefühl der Jugend gegen die Volksschule, daß das Kind Tag um Tag genötigt werden mußte, zu verkörpern, was ihm das Liebeste war, seinen Alltag. Wir Lehrer, die wir in eine hohe national ausgeprägte Tradition getaucht waren, zwangen die Schüler, mit uns in den Höfen der Wissenschaften und Künste zu leben, und an diesem heißen Feuer unserer politischen und religiösen Überzeugungen mußte das blühende Kindererleben des Alltags verengern. Warum haben wir sonst dem Dispositionsaussatz so wenig entlocken können? Warum stehen die Jugendämter und Berufsberatungsstellen vor einem Unlöslichen? Weil sie den Schlüssel für die Erlebniswelt des Kindes nicht haben. Da liegt die herrliche Bedeutung des modernen Kinderaufzählung, und wenn wäre sich in diesen Zusammenhängen der abgrundtiefe Unterschied zwischen dem Thematenaufzählung und dem wahrhaftigen natürlichen Aufzählung nicht kund?

Das alte Aufzählung war eine Zusammenstellung von Einzelstücken, die der Lehrer irgendwo zufällig vom Faune brach. Das neue Aufzählung ist der Erlebnisreichtum unserer Jugend, und darum besteht es in seiner unumgänglichen Fülle von Notizen eine literarische Kraft ohne Gleichen. Aufzählung um Aufzählung führt eine der individuellen Kraft des einzelnen Kindes entsprechende Erzählkunst herauf. Die Erlebnisreichtum auf dunklen Böden, in unheimlichen Kellern, im heißen Spiel der Straße, in den Gefühlsellenen von Freundschaft und Feindschaft, in der Reishwere der häuslichen Sorgen haben die Kraft, die forschende Klasse zum Zuhören zu reizen. Damit ziehen die Unmacht und die Gejamtheit unserer Aufzählung in die Schule ein. Endlich! Die Spannung ist entledigt; der Sinne des Sprechens ist da; die Wirkung. Die Kinder lauern auf den Ausgang; das Ende der angefangenen Ge-

Die Londoner Besprechungen

Adler und Longuet über die Aussprache mit der Labour Party

In einem längeren Artikel im Zürcher „Volkrecht“ beschäftigt sich Genosse Friedrich Adler mit der in London zwischen dem Exekutivkomitee der Wiener Arbeitergemeinschaft und der englischen Arbeiterpartei (Labour Party) stattgefundenen Aussprache. Adler verweist einleitend auf den von der Labour Party auf ihrem letzten Kongress gefassten Beschluss, der durchaus nicht den Tendenzen der Unabhängigen Arbeiterpartei (Independent Labour Party) entspricht, da er ausdrücklich den Vorstand der Labour Party beauftragt habe, „für die Sicherung und Stärkung der Zweiten Internationale und die Aufrechterhaltung ihrer demokratischen Grundzüge zu sorgen“ und darum „eine Fühlungnahme zwischen der Zentrale und der Wiener Arbeitergemeinschaft und dem Exekutivkomitee der zweiten Internationale“ wünsche. In dieser Resolution hat die Wiener Arbeitergemeinschaft eine Grundlage für Verhandlungen nicht erblicken können. In ihrer in Frankfurt abgehaltenen Konferenz hat sie diese Unmöglichkeit betont, sich gleichzeitig aber der Labour Party gegenüber zu den von ihr angeregten informativen Besprechungen bereit erklärt.

Es zeugt also, meint Genosse Adler, von einer Antennalität der Londoner Besprechungen, wenn in der Presse von einem „Scheitern der Einigungsverhandlungen“ gesprochen werde. Die Wiener Arbeitergemeinschaft habe von vornherein erklärt, daß nach ihrer Ansicht die Einberufung einer allgemeinen Konferenz in der allerersten Zeit der Stärkung der internationalen Beziehungen nicht dienen könnte, daß sie vielmehr einem späteren Fortschritt zur internationalen Organisation hinderlich im Wege stehen würde.

Einen Gewinn der Londoner Besprechungen erblickt indessen Adler in der Förderung der Einsicht in den zwischen der Arbeiterbewegung auf dem Kontinent und der Arbeiterbewegung in England bestehenden Abweichungen. Insbesondere müßte festgehalten werden, daß die Labour Party mit keiner Organisation des kontinentalen Proletariats vergleichbar sei, da sie das Ergebnis einer ganz anderen Entwicklung ist. Die Labour Party sei die Zusammenfassung von Gewerkschaften und sozialistischen Parteien und umfasse heute das gesamte englische Proletariat mit Ausnahme der Kommunisten, die aber nur ein seltenhaftes Dasein führen. Selbst diese hätten aber um Aufnahme in die Labour Party gebeten, da man nur in deren Rahmen an die Arbeitermassen treten könne. Die Kommunisten seien aber abgewiesen worden, da in ihnen keine Bereitschaft zur Unterwerfung unter das Organisationsstatut der Labour Party zu erkennen sei. Da nun die innerhalb der Labour Party organisierte Independent Labour Party der Wiener Arbeitergemeinschaft angehöre, die Labour Party selbst aber der moralische Träger der Zweiten Internationale geworden sei, so vereine also die Labour Party Mitglieder zweier verschiedener internationaler Organisationen, und der Gedanke des Exekutivkomitees der Labour Party hinsichtlich der neuen Regelung der internationalen Beziehungen sei daher nichts anderes als die einfache Übertragung der englischen Verhältnisse auf das internationale Gebiet unter völliger Verkennung der andersartigen Entwicklung bei den Arbeiterparteien des Kontinents.

Auf diese Tatsache verweist auch Genosse Longuet in einem kürzlich im „Populaire“ erschienenen Artikel. „Was wollte die Labour Party?“ fragt Longuet und antwortet:

„Sie wollte international verwirklichen, was sie in ihren nationalen Reihen, im Schoße dieser Arbeiterpartei erreicht hat, welche die Elemente der Zweiten Internationale, der Wiener Arbeitergemeinschaft und selbst die in Gewerkschaften organisierten Kommunisten vereint.“

In der Tat erklären diese spezifisch englischen Verhältnisse das Unverständnis, das die Führer der Labour Party den Verhältnissen in den andern Ländern entgegenbringen und das sie darüber hinwegsehen läßt, daß die Frage des neuen internationalen Zusammenchlusses des Proletariats nicht eine Frage organisatorischer, sondern eminent politischer Art ist. Das hebt Genosse Adler in seinem Aufsatz denn auch sehr nachdrücklich hervor, und mit Recht unterstreicht er, was schon in dem Antwortschreiben der Wiener Arbeitergemeinschaft an die Labour Party erklärt ist, daß die internationale Organisation nur das Ergebnis internationaler Aktionen sein kann. Die Notwendigkeiten des proletarischen Kampfes würden schließlich die gemeinsame Aktion auf internationaler Grundlage erzwingen. Der gemeinsame Anruf, den die sozialistischen Parteien Mitteleuropas veröffentlicht haben, sei das beste Beispiel des Weges, auf dem die internationale Solidarität zunächst Ausdruck finden könne.

„In gemeinsamen Kämpfen“, so schließt Genosse Adler, „werden die Misverständnisse überwunden, wird Vertrauen gepflegt, Ziel-

klarheit geschaffen und damit der Boden bereitet, auf dem aus der internationalen Aktion schließlich auch die internationale Organisation wird entstehen können.“

Der Notstand der Arbeitsinvaliden

Unter Ablehnung eines Gelegenheitsworts des Reichsarbeitsministeriums stellte der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates folgende Richtlinien für eine Siftaktion zugunsten der Renteneempfänger der Invalidenversicherung auf:

1. **Bedürftigkeitsfrage:** Infolge der Geldentwertung besteht allgemein für die Invalidenrentner die Notwendigkeit von Rentenzulagen. Die Einführung des Bedürftigkeitsbegriffs in die Sozialversicherung ist abzulehnen, da sie dieselbe aus einer Versicherungs- zu einer Fürsorgeeinrichtung machen würde.
2. **Anrechnung anderweitiger Bezüge** ist abzulehnen mit der Maßgabe, daß Bezüge aus öffentlichen Fürsorgeeinrichtungen insoweit angerechnet werden können, als sie 600 Mark übersteigen.
3. Die **Gesamtkosten** einschließlich der Verwaltungskosten sind vom Reiche zu übernehmen. Zur Deckung sind in erster Linie die Einnahmen aus der sozialen Ausführungsabgabe heranzuziehen.
4. **Ausführungsorgane** sind für die Festsetzung der Renten diejenigen Versicherungsträger, die die normalen Renten festsetzen, für die Auszahlung diejenigen, die die normalen Renten auszahlen. Die Mitwirkung der Reichspost darf keine besonderen Kosten verursachen.
5. Für die **Angestelltenversicherung** gelten die gleichen Rentenzulagen, wie für die Invalidenversicherung.
6. Als **Mindestsätze** werden folgende Gesamtbezüge vorgeschlagen: 3000 Mark für Invaliden- und Altersrenteneempfänger (Regierungsvorlage 2100 Mark), 2100 Mark für Witwen- und Witwenrenteneempfänger (Regierungsvorlage 1500 Mark), 1200 Mark für Waisenrenteneempfänger (Regierungsvorlage 800 Mark). Bei weiterem Sinken der Kaufkraft des Geldes sind diese Bezüge entsprechend zu erhöhen.

Deutschnationale Ordnungswut

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Henning hat in Folge des Streiks der Gastwirtsgehilfen Angelegenheiten beim Transport seines Handgepäckes gehabt. Das hat ihn so mit Zorn erfüllt, daß er die Reichsregierung mit einer kleinen Anfrage bombardierte. Schuld seien die Streikposten. Nur mit Hilfe der Polizei habe er die Rückreise in seinen Wahlbezirk antreten können. Was gedenkt die Reichsregierung zur schleunigen Beseitigung dieses Zustandes zu tun und wie war es möglich, daß von Seiten der Reichsregierung nicht zeitigen Vorkehrungen gegen derartige Willkür getroffen wurden? fragt er mit heftiger Empörung.

Der Reichsminister des Innern, Gradnauer, antwortet: „Die Reichsregierung hat lediglich darüber zu wachen, daß die verfassungsmäßigen Rechte gewahrt bleiben. Wenn in einem Einzelfalle aus Anlaß eines Streiks Arbeitswilige belästigt werden, so kann daraus nicht ohne weiteres der Schluß gezogen werden, daß die zuständige Landesbehörde für den Schutz der verfassungsmäßigen Rechte nicht eintritt.“

Gradnauer verweist Henning an das Preussische Abgeordnetenhaus. So kann er also noch einmal seinen ganzen Vorrat an Enttäuschung über streikende Gastwirtsgehilfen in einer kleinen Anfrage zur Entladung bringen.

Die **Abwehr gegen das deutsche Dumping.** Die belgische Regierung beabsichtigt, die deutschen Erzeugnisse über den gewöhnlichen Zoll hinaus mit einer Zusatzabgabe bis zu 20 Prozent des Wertes zu belegen. Sie will damit den Folgen des Marksturzes für die belgische Wirtschaft begegnen. Es soll auch auf das System der Ursprungserzeugnisse zurückgegriffen werden. — Maßnahmen von dieser Art sind nicht geeignet, die Folgen der deutschen Geldentwertung für den Weltmarkt zu beiseitigen.

Erklärung

In der Strafsache gegen den Redakteur Leo Lieblich in Berlin-Schöneberg wegen Beleidigung hat das Schöffengericht in Berlin-Ritte am 29. Dezember 1920 für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen § 188 StGB. zu 600 (Hundert) Mark Geldstrafe, im Nichtzahlungsfalle für je 5 Mark zu einem Tage Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. Der verurteilte Teil des Urteils ist binnen Monatsfrist nach Rechtskraft einmal in der „Freiheit“ in demselben Druck und demselben Teil wie der beleidigende Artikel vom 10. 6. 20 auf Kosten des Verurteilten zu veröffentlichen.

werden: bei den Schülern der Begabenschulen. Die Geschichte der russischen Universitäten mit ihren verschiedenen studentischen Hilfsorganisationen dürfte reichhaltiges Material für die Lösung der Frage bieten.

Im **Deengang der Einheitschule** versucht das vorliegende Heftchen das Problem der Hilfe praktisch zu lösen. Studentische Produktionsgemeinschaften, in denen der Student (wie es heute schon viele tausende Studenten tun) einen Teil seiner Zeit der physischen Arbeit widmet, sollen die Not mildern. Als Anregung zur Lösung der ganzen Frage, kann man den Vorschlag schon gelten lassen. Doch wäre es an der Zeit, die Frage der Studentennot im ganzen Umfang aufzurollen und sie einer Lösung näherzubringen.

Kleine Chronik

Im Verlag von Diez, Stuttgart, ist soeben in neuer Auflage die **Geschichte der Erde** von R. Sommer erschienen. 1. Band: Die Berg und Talentstehen. Kurzer Abriss der dynamischen Geologie. Mit vielen Abbildungen. 127 Seiten Oktav. 2. Band: Die Weltalter. Kurze Charakteristik der geologischen Perioden und Formationen. Mit zwei farbigen Tafeln und vielen Abbildungen. 103 Seiten Oktav. 3. Band: Riesen und Dinosaurier der Vorzeit. Mit zwei farbigen Tafeln und vielen Abbildungen. 100 Seiten Oktav. Jeder Band 8 Mark. Die drei Bändchen werden nur zusammen abgegeben. — Diese reich illustrierten, gemeinverständlich abgefassten Bändchen werden jedem Wissbegierigen, der Aufklärung über den Aufbau unseres Planeten, Verständnis für die Erdgewalten und einen Einblick in die riesenhafte und groteske Tierwelt vergangener Perioden sucht, in reichem Maße Belehrung bringen.

Beachtenswerte Neuererscheinungen

- Dr. Max Hoff: **Philosophisches Wörterbuch.** Allgemeinverständliche Erläuterung der philosophischen Fachausdrücke. 60 Seiten. Volkshochschul-Verlag, Carlshagenburg. 9. Cleopatra: **Die Schule nach Mich.** 40 Seiten. Kolopfel, Verlag, Erlensch-Jülich und Leipzig.
- Kaschil Guden: **Der Sinn und Wert des Lebens.** 24 S. 120 Seiten. Verlag von Laube und Meyer, Leipzig.
- Kreton (Schulsturen und Märchen). 28 Abbildungen. Erläuterung von Wilhelm Hansen. 76 Seiten Text. Verlag Eugen Reinisch, Erlensch-Jülich-München.
- Ernst Fischer und Architekt Kurt Bährig: **Die Sozialisierung des Bewältigungsansatzes.** 8. Jahrgang und 10. Jahrgang. Dresden. Heft 18 der Veröffentlichungen der höchsten Landesstelle für Gemeinwohl. 76 Seiten. 10 Mark.
- Sonn: **Was ist Sozialismus?** Kapitalistisches, Arbeiter- und Sozialistisches Wirtschaftsleben. 22 Seiten. Verlagsgemeinschaft „Der Kampf“, München.
- Dr. Julius Franz Piper: **Die internationale Studentenbewegung nach den Klagen.** 112 Seiten. Verlag Bross, Bonn, Leipzig.
- Herbert Rehm: **Der Inn. Religiöses Selbstverständnis.** Mit einem Register der philosophischen Begriffe von Felix Stöffinger. 788 Seiten. 45 Mark. Insel-Verlag, Leipzig.
- H. Wahnert: **100 Prozent defizitäre Versorgung der Reichsmehrheit.** 44 Seiten. 8 Mark. Verlag des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten, Kriegesbeschädigten und Kriegsinvaliden, Berlin.
- Herbert Rehm: **Der Mensch ist barmherzig.** Geistliche Ethik aus der Geschichte des menschlichen Dummheits. In deutscher Bearbeitung und mit Anmerkungen von Dr. Kaschil Guden. Berlin. Verlag Neudruck, Berlin, E. Berger u. Co., Berlin.
- Carl Wittenweiller-Haffner: **Was der bürgerliche Volksschüler.** Ein Erlebnis. 77 Seiten Text. Kolopfel, Verlag, Erlensch-Jülich.

Wucherfreiheit

Die Ursachen der Zukerteuerung.

Ueber die Ursachen des jetzigen Zukermangels und der unfairen Verteuerung dieses wertvollen Nahrungsmittels machte gestern Bästlein vom Zentralverband der Konsumgenossenschaften im Reichswirtschaftsrat bemerkenswerte Mitteilungen.

Das Zukerdefizit, das jetzt nach Aufhebung der Zwangswirtschaft sozusagen die Zukerwirtschaft führt, hat nämlich trotz guter Ernte nur ein Sechstel der diesjährigen Zukerfabrikation zum Verkauf freigegeben, obwohl es vorher hieß, daß Zuker im Ueberfluß vorhanden sei. Die Folge davon war, daß der Handel schlecht, die Verbraucherorganisationen so gut wie gar nicht mit Zuker beliefert wurden. Wie immer, wenn die Ware knapp ist, erhöhen jetzt die Händler die Preise, während sich die Massen beileiden, Ware einzukaufen. So stiegen die Preise und so erklärten sich auch die Unterschiede im Zukerpreis in verschiedenen Gegenden. Mit Recht verlangte Bästlein nicht nur eine scharfe Handhabung der Wuchergesetze, sondern auch die Freigabe des doppelten Zukerquantums, nämlich eines Drittels der Ernte für den Handel. Wenn genug Angebot da ist, so müssen sich die Verkaufspreise mehr den Preisen anpassen, die das Kondikat nimmt und dann würde ein Preis von 5 Mark je Pfund wahrscheinlich allgemein sein.

Die Zwangswirtschaft für Zuker ist aufgehoben, der Handel hätte damit Gelegenheit zu beweisen, daß die Freigabe des Zukerhandels tatsächlich wie stets behauptet wurde, eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Zuker zu möglichen Preisen gewährleistet. Das Gegenteil ist eingetreten; die aufgehobene staatliche Zwangswirtschaft ist durch das Zukerdefizit abgelöst worden. Die Freigabe ist zu einem neuen Wucher benutzt worden. Der Spekulation ist die gemischte freie Bahn geschaffen worden. Die Leidtragenden sind wie immer die Verbraucher. Wenn nicht sofort ein allgemeines, streng durchgeführtes Ausfuhrverbot für Zuker erlassen wird, werden sich für die Verbraucher geradezu katastrophale Wirkungen ergeben.

Bezeichnend ist übrigens, daß in der Kakaoindustrie ähnliche Zustände herrschen. Obwohl die Fabriken sich hier mit Rohstoffen zu billigen Preisen eingebett hatten. Solange die Kakao gut stand, wurden hier die Preise bei der Saluaverflechtung sofort erhöht, und zwar machte man gleich zwei Preise. Der eine entspricht einem Verkaufspreis von 28 Mark je Pfund, nämlich für den aus älteren Lieferungen hergestellten Kakao, der andere für den aus späteren Lieferungen bereiteten, ist 40 Mark. Da man natürlich dem Kakao nicht anmerkt, ob er mit billiger oder teurer Kakao gekauft wurde, nähern sich die Preise dem höchsten Satz und die Verbraucher schauen zu. Während die Konsumgenossenschaften bei der Preissteigerung des Zukers nachlos waren, weil sie keine Ware hatten, verkauften sie den Kakao aus alter Lieferung immer noch zu niedrigen Preisen. Das ist wieder einmal ein Beweis, daß der Verbraucher sich am besten schützt, wenn er sich an die berufene Vertretung seiner Verbraucherinteressen hält und dem Konsumverein beitrifft.

Betrügerische Brotverteuerung

Auch die Bäcker versuchen, die günstige Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen. Das erst unlängst verleierte Markenbrot ist in seiner Qualität bedeutend verschlechtert worden und öfter ungenießbar. Auch das markenfreie Roggenbrot, das laut Magistratsverordnung 1400 Gramm schwer sein und 7 Mark kosten soll, wird von den Bäckern bedeutend verkleinert, obwohl die Verordnung nicht aufgehoben ist. Das Gewicht des markenfreien Roggenbrotes schwankt jetzt zwischen 1000 und 1080 Gramm, kostet aber trotzdem 7 Mark. Die Bäcker begründen ihr Vorgehen mit der Verteuerung des Mehls, wodurch sie sich veranlaßt sehen, das Gewicht des Brotes zu verringern, um die festgesetzten Brotpreise nicht zu überschreiten.

Eine Verwarnung des Berliner Magistrats an die Bäcker ist völlig ergebnislos geblieben. Sie glauben, daß sie bei der allgemeinen Volksausjaugung unbedingt dabei sein müssen. Es ist nicht wahr, daß die Verringerung des Gewichtes eine Folge der neuen hohen Mehlpreise ist, sondern das Brot wird fast durchweg von Mehl hergestellt, das sie zu erheblich billigeren Preisen eingekauft haben. Die Bäcker erzielen mit der ungeschicklichen Brotverteuerung einen nicht unerheblichen Konjunkturgewinn. Dieses Treiben kann nicht scharf genug verurteilt werden. Der Magistrat muß Maßnahmen treffen, um solche Betrugsmanöver unmöglich zu machen. Er darf sich von den Bäckermeistern nicht auf der Nase herumtanzen lassen.

Da der späte Zusammentritt der neuen Stadtverordnetenversammlung eine Behandlung der Angelegenheit im Plenum bis dahin unmöglich macht, hat Genosse Dr. Herz den Magistrat in einem Schreiben von den Vorkommnissen Mitteilung gemacht, und diesen aufgefordert, die Preisprüfungsstellen anzuweisen, die Namen derjenigen, die sich bei Abgabe von Gebäck, das nicht das vorgeschriebene Gewicht hat, strafbar gemacht haben, öffentlich bekanntzugeben. Wenn dadurch auch der Betrug nicht völlig unterbunden wird, so kommen die Verbraucher doch damit in die Lage, sich selbst zu schützen.

Personenstandsunterlagen für Oberschlesien

Alle Einwohner Groß-Berlins, die aus den jetzt polnisch werdenden Teilen Oberschlesiens stammen, werden auf daran tun, sich umgehend alle handelsmäßigen bzw. kirchlichen Urkunden (Geburts-, Heirats-, Sterbeprotokolle, Taufscheine, Trauscheine usw.) zu beschaffen. Und zwar sollten sie sich nicht auf die Beschaffung der Urkunden beschränken, deren sie in allerhöchster Zeit bedürfen, sondern sie sollten sich alle im Laufe ihres und ihrer Kinder Leben möglicherweise einmal benötigten Urkunden von den zuständigen Standesämtern bzw. Pfarrämtern gegen Rücknahme der Kosten beschaffen lassen. Kinder werden groß und wollen heiraten; dazu müssen sie Geburtsurkunden vorlegen. Eheleute wollen Eheverträge oder sonstige Verträge abschließen oder auch sich scheiden lassen; dazu bedürfen sie einer Heiratsurkunde. Am eine Erbschaft anzutreten, bedarf man nicht nur der Sterbeurkunde des Erblassers, sondern neben der eigenen Geburts- und evtl. Heiratsurkunde der Sterbeprotokolle aller evtl. beim Tode des Erblassers bereits verstorbenen Miterben, d. h. aller der Personen, die Miterben wären, wenn sie beim Tode des Erblassers noch lebten. Für Namensberichtigungen ist die Vorlage des Taufscheines des Vaters meist unumgänglich nötig.

Bei dem **Charitékrankenhaus** und den hiesigen Universitätskliniken betragen die Kur- und Verpflegungskosten in der dritten Klasse vom 1. November d. Js. ab für Erwachsene 25 Mark, für Kinder unter 14 Jahren 10 Mark täglich. Neben diesen Kurkosten kommen die Kosten für Salvarsanbehandlung, für Blutuntersuchung, Röntgenaufnahmen, -durchleuchtungen und -betrachtungen, sowie für ähnliche Sonderbehandlungen zur Erhebung. Bei Entbindungen ist außerdem ein besonderer Kostenbeitrag von 50 Mark zu zahlen.

Dem **Berliner Schaubühnen** ist ein gemischter Kinderchor angegliedert, dem Kinder im Alter von 7 Jahren bis über den Stimmwechsel hinaus angehören. Die Unterrichts- und Uebungsstunden finden ab 3. November 1921 jeden Donnerstag, abends 6-7 1/2 Uhr, in der Aula der Werner-Siemens-Realschule, Badstraße 22, statt. Schriftliche Anmeldungen sind an O. Bornschein, R. 24, Pflanzstraße 154, zu richten.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. In der Strafsache des Arbeiter-Sport-Kartells gegenüber der Arbeiter-Samariter-Kolonie hat sich der Zentralvorstand der U. S. P. D. des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg dahin ausgesprochen, daß die Arbeiter-Samariter-Kolonie in ihrer bisherigen Form als die allein richtige Organisation anzuerkennen ist.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag. Hiemlich trübe und etwas neblig mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen bis westlichen Winden. Temperatur wenig verändert.

schichte wird ungeduldig erwartet; die Reue der, der Lust zum literarischen Gesmach ist erweckt; die Phantasie steht auf und will hören von den Menschen, die etwas wagen, von den Kindern, die sich etwas zuzuschulden kommen sehen, von dem Wagemutigen auf dem Gise, dem der Tod droht, von dem Dieb, dem das Gefängnis sicher war, von dem undarmherzigen Kutscher, der seine Pferde peiniget, von den Brauereiwirtern, die grundlos ihrer Wut Raum geben, von den Buben, die einen andern beschummeln — tausend Geschichten stehen auf und füllen das Gedächtnis einer solchen Aufnahmemeinschaft.

Es wird noch eine Weile dauern, bis alle Lehrer gewillt sind, sich an diese neuen Vorstellungen vom Schulleben zu gewöhnen. Noch verbroiten viele von ihnen Lügen und Verdächtigungen gegen den modernen Schulgedanken; aber aller Argwohn und aller Zorn werden schließlich einmal hinschmelzen vor der Sonne der neuen Zeit.

Es erscheint in diesen Tagen im Verlag der „Freiheit“ das erste Geschichtsbuch aus jenem Erlebnisjahr unserer ehemaligen Hamburger Volksschülerinnen. Das Buch wendet sich an Kinder, Jugendliche und darüber hinaus an alle, die den Weg zu ihrem eigenen Stil suchen. Wir werden sehen, ob es diese Probe besteht. Wird es ein bezwingendes Buch sein, so wäre damit ein erster Anlauf genommen, wie die neue Schule im Deutschunterricht ihren tiefsten Sinn erschließen und den wertvollen Erlebnisjahre des Proletariats heben könnte. Auf jeden Fall ist der Kinderanruf der Anfang, zu dem alle jene zurückkehren müssen, die schmerzlich den Weg zu ihrem eigenen neuentdeckten Stil suchten.

Adolf Jensen

Paul Vestreich, **Die Müller-Vestreich** und Franz Müller: Die freiburgerische Produktionsgemeinschaft als Vorstufe der Einheitschule. Verlag Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin-Nichtow. 35 S.

Es ist kein leichtes Problem, dieses: wie dem unbemittelten proletarischen Studenten zu helfen ist. Eins ist jedoch klar: Nur ein physisch kräftiger und geistig reger proletarischer Nachwuchs, mit allen nötigen Fachkenntnissen ausgerüstet, ist imstande, neues Leben der Schule, dem Takt- und Verwaltungsapparat einzuhauchen. Was nützen die Begabenschulen, wenn die wissenschaftliche Vervollkommnung der Begabten durch deren materielle Not in Frage gestellt wird. So erwacht dem demokratischen Staat um seiner selbst willen die Pflicht, weitestgehend die materiellen Sorgen der lindernden proletarischen Jugend zu übernehmen und den ersten Schritt für die zukünftige wahre Demokratisierung des Staatsapparates zu tun. Ohne diese Maßnahmen ist alles leeres Gerede. Könnten etwa nicht die Mittel dazu aufgebracht werden? Würde es schwer fallen, einige von den unnütz gewordenen Militärakademien planmäßig zu studentischen Gemeinschaften auszubauen, in denen geistige Arbeiter und Funktionäre der zukünftigen deutschen Demokratie ein sorgenloses Heim haben könnten und so den Söhnen des begüterten deutschnationalen Bürgertums den Rang ablaufen würden? Vielleicht müßte schon früher mit dieser Hilfe angefangen

